

Kreis-Blatt

für den

Kreis Westerbург.

Postcheckkonto 831
Frankfurt a. M.

Rechnummer 28.

Er erscheint wöchentlich 2mal, Dienstags und Freitags mit den wöchentlichen Gratis-Beilagen „Illustriertes Familienblatt“ und „Landwirtschaftliche Rundschau“ und beträgt der Abonnementpreis in der Expedition pro Monat 40 Pfg. Durch die Post geliefert pro Quartal 1,76 Mark und pro halbjährlicher Nummer 10 Pfg. — Da das „Kreisblatt“ amtliches Organ von 82 Bürgermeistereien ist, haben Anzeigen die wirksamste Verbreitung. Insertionspreis: Die viergespaltene Garmond-Beile oder deren Raum nur 15 Pfg.

Das Kreisblatt wird von 80 Bürgermeistereien in eigenem Kasten am Rathaus ausgehängt, wodurch Inserate eine beispiellos große Verbreitung finden. Mitteilungen über vorkommende Ereignisse, Notizen etc., werden von der Redaktion mit Dank angenommen.

Redaktion, Druck und Verlag von P. Saesberger in Westerbург.

47. Dienstag, den 16. Mai 1916. 32. Jahrgang

Amtlicher Teil.

An die Herren Vorsitzenden

der Voreinschätzungs-Kommissionen des Kreises.

Die Königl. Regierung in Wiesbaden hat die Neubildung der Voreinschätzungs-Kommissionen für die Einschätzung der Staats- und Gemeindefinanzkraft für das Steuerjahr 1917, 1918 und 1919 beauftragt. Sie wollen mir deshalb umgehend Vorschläge darüber machen, ob und gegebenenfalls welche anderweitige Zusammenstellung ihrer Kommission wünschenswert wäre, besonders aber:

- ob Sie die Stellung eines Vorsitzenden der Voreinschätzungs-Kommission auch für die Zukunft beibehalten wollen;
- ob ein vom Staate zu ernennendes Mitglied oder dessen Stellvertreter etwa nicht wieder zu ernennen wäre und wer eventl. an dessen Stelle zu ernennen ist;
- ob mit der abgelaufenen Periode bereits eines dieser Mitglieder durch Tod oder Verzug ausgeschieden ist.

Ich ersuche mir etwaige Vorschläge bis spätestens zum 30. d. M. einzureichen.

Westerburg, den 13. Mai 1916.

Der Vorsitzende

der Einkommensteuer-Veranlagungs-Kommission des Kreises Westerbург.

An die Herren Bürgermeister des Kreises.

In den nächsten Tagen erhalten Sie die Nachweisung der den Einwohnern des Gemeindebezirks im Umherziehen oder gem. § 7 des Gewerbesteuer-Gesetzes steuerfrei betriebenen Neben-Gewerbe (einschließlich der betriebssteuerpflichtigen Betriebe) die Ergänzungssteuer-Veranlagungsperiode 1914—1916 und deren mit dem Ersuchen, eine gleichartige Nachweisung, für welche Formular Ihnen zugeht, für die Periode 1917—1919 aufzustellen.

In die genannte Nachweisung sind mit der Voraussetzung, daß ihr gesamtes steuerbares Vermögen die Summe von 100 Mk. übersteigt, alle diejenigen Gewerbetreibenden aufzunehmen, welche betreiben:

- ein Gastwergewerbe,
- ein stehendes, aber nach § 7 des Gewerbesteuer-Gesetzes gewerbesteuerfreies Gewerbe, sowie
- ein betriebssteuerpflichtiges Gewerbe, insofern Absatz 2 Platz greift. Mehrere Teilnehmer eines Gewerbebetriebs sind als solche zu bezeichnen und unmittelbar hintereinander aufzuführen.

In Spalte 5 der Nachweisung ist nicht das steuerpflichtige Einkommen, sondern das bei der Veranlagung zur Einkommensteuer bezw. Gemeindesteuer angenommene Einkommen aus dem Gewerbebetriebe anzugeben.

Die Feststellungen zur Bewertung des gewerblichen Anlage- und Betriebskapitals (Spalte 7 der Nachweisung) sind ebenfalls an Ort und Stelle bei den betreffenden Gewerbetreibenden vorzunehmen.

Ich erwarte, daß bei Ermittlung der Höhe des gewerblichen Anlage- und Betriebskapitals mit der nötigen Sorgfalt vorgegangen wird.

Bis zum 20. Juli d. J. sind mir die neue und die alte Nachweisung wieder einzusenden. Ich bemerke ausdrücklich, daß ich die Nachweisungen, welche unvollständig, oder mit falschen und unrichtigen Einträgen oder nicht annähernd richtiger Schätzung der Höhe des Anlage- und Betriebskapitals und dergl. mehr mir zugehen, auf Kosten des betreffenden Bürgermei-

ters durch Feststellung an Ort und Stelle von hierzu durch mich besonders beauftragte Personen neu aufstellen lassen werde.

Etwas noch erforderliche mündliche Belehrungen über die Anfertigung der Verzeichnisse werden Ihnen bereitwilligst auf dem hiesigen Steuerbureau erteilt werden.

Westerburg, den 12. Mai 1916.

Der Vorsitzende

der Einkommensteuer-Veranlagungs-Kommission des Kreises Westerbург.

Beitr.: Abschluß der Kassenbücher der Gemeindekassen. Diejenigen Herren Bürgermeister, welche den Bericht über den Abschluß der Bücher der Gemeindekasse noch nicht eingereicht haben, werden hiermit an dessen umgehende Einreichung erinnert.

Westerburg, den 12. Mai 1916.

Der Vorsitzende des Kreis-Ausschusses des Kreises Westerbург.

An die Herren Bürgermeister des Kreises.

Beitr.: Kriegskinderspende.

Die Verwaltung der Kriegskinderspende teilt folgendes mit: „Die am 20. September 1915 von der Frau Kronprinzessin ins Leben gerufene Kriegskinderspende besteht jetzt etwa ein halbes Jahr, sodaß sich somit ein Ueberblick über die gesamte Tätigkeitszeit sowie über die gewaltigen Anforderungen, welche an diese Geldsammlung gestellt werden, gewinnen läßt. Während der ursprüngliche Zweck war, dann helfend einzuspringen, wenn die Kriegswochenhilfe noch nicht gewährt war und daher eine besondere Bedürftigkeit bestand, ist jetzt durch die allgemeine Auszahlung der Wochenhilfe ein Ausgleich geschaffen. Es verbleiben daher der K. K. Sp. nur alle diejenigen Fälle vorbehalten, welche infolge besonderer Umstände eine Berücksichtigung erfordern. Statt dessen haben aber fast sämtliche Kriegsmütter die Gewohnheit angenommen, Bittgesuche an die Frau Kronprinzessin einzureichen, in vielen Fällen wird sogar die ausgeschüttete Prämie für ein Kriegskind sofort beansprucht.“ So gehen täglich bei der Geschäftsstelle, Berlin W. 62, Wichmannstraße 20, 1200 bis 1300 Gesuche ein, also über 450 000 jährlich. Hieraus ist ersichtlich, daß es ganz ausgeschlossen ist, auch nur annähernd alle Eingaben zu berücksichtigen. Zur Beantwortung vielfacher Anfragen teilen wir nachstehend die Grundsätze für die Bewilligung der Kriegskinderspende mit:

Nur solche Frauen kommen in Betracht, welche durch besondere Umstände in außerordentliche Notlage geraten sind, wenn

1. Der Ehemann sich zur Zeit der Geburt im Heeresdienst befunden hat,
2. Das Kind nach Beginn der Sammlung, also nach dem 19. September 1915 geboren ist,
3. Der Ehemann nicht über 20 Mk. Löhnung monatlich bezieht,
4. Die Mutter außer Kriegsunterstützung und Wochenhilfe keine anderen Einnahmen oder sonstige Vorteile hat,
5. Die Gesuche innerhalb 3 Monaten nach der Geburt eingereicht sind.

Als besonders bedürftig können Frauen nicht angesehen werden, welche sich infolge der unvermeidlichen Lebensmittelpreiserhöhung allerlei Beschränkungen auferlegen müssen, welche freie Wohnung, Mietnachlaß, freie Feuerung, freie Lebensmittel, freien Garten, freies Ackerland haben oder andere Vorteile genießen.“

Sie wollen nach Möglichkeit dahin wirken, daß Gesuche auf Kriegskinderspende nur eingereicht werden, falls eine im Vorstehenden erläuterte außergewöhnliche Notlage besteht, auch etwa schon ablehnend beschiedene Antragstellerinnen entsprechend belehren.

Westerburg, den 9. Mai 1916.

Der Landrat.

Auf Veranlassung des Landratsamtes hat das Amt zur Viefierung der beschlagnahmten Hafer- pp. Mengen die erforderlichen Säcke gestellt. Es ist jedoch wiederholt die Wahrnehmung gemacht worden, daß diese Säcke nicht wieder in voller Zahl (weder voll noch leer) zurückgegeben worden sind und widerrechtlich zurückgehalten werden.

Bei der sehr großen Knappheit von Säcken ist es Pflicht eines Jeden, alle dem Amt gehörigen und zu dem beabsichtigten Zweck nicht gebrauchten, gezeichneten und ungezeichneten Säcke zurückzugeben.

Es wird deshalb gebeten, die Gemeinden pp. anzuweisen zu wollen, sämtliche noch im Besitz habenden Säcke, auch solche, die von im Quartier gelegenen Truppen zurückgeblieben sind, sofort zurückzugeben, andernfalls dieselben zum heutigen Beschaffungspreise bezahlt werden müssen.

Erfurt, den 10. Mai 1916. Königl. Proviantamt.

An die Herren Bürgermeister des Kreises.

Abdruck zur baldigen Erledigung.

Westerburg, den 12. Mai 1916.

Der Landrat.

Die Anfuhr von Stroh ist ganz unzulänglich und deckt nicht mal annähernd den Bedarf für das Besatzungs- geschweige den für das Feldheer. Seitens des Königl. Kriegsministeriums ist daher die Viefierung durch die Zivilverwaltungen — Vandleieferungen — beantragt worden. Bevor diese Maßnahme jedoch zur Durchführung kommt soll ohne Beschlagnahme und Requisition versucht werden, zunächst den notwendigsten Bedarf durch freihändigen Ankauf aufzubringen. Dieses ist aber nur möglich durch Unterstützung der Königl. Landratsämter, da auf wiederholte diesseitige Bekanntmachungen usw. weder Angebote noch Zusuhren eingingen.

Das Amt bittet daher, in geeigneter erscheinender Weise die Kreiseingekessenen zur Abgabe von Stroh an das Proviantamt zu veranlassen. Die Zufuhr kann ohne vorherige Antrage jederzeit zu den festgesetzten Höchstpreisen erfolgen.

Coblenz, den 8. Mai 1916.

Proviantamt.

An die Herren Bürgermeister des Kreises

mit dem Ersuchen, mir zum 20. d. Mts. anzuzeigen, wieviel Stroh aus den einzelnen Gemeinden noch abgefahren werden kann. Fehlangeige erforderlich.

Westerburg, den 12. Mai 1916.

Der Landrat.

Bekanntmachung.

Wir geben den Mitgliedern des Viehhändlerverbandes bekannt, daß vom 15. d. Mts. ab alle im Kreise angekauften Schlachttiere an die Kreisabnahmestelle abgeliefert werden müssen und nur dort durch Vermittlung des Kreisvertrauensmannes vom Verband abgenommen werden.

Frankfurt a. M., den 13. Mai 1916.

Viehhändlerverband f. d. Reg.-Bezirk Wiesbaden.

Der Verband.

Den Herren Bürgermeistern zur Kenntnis behufs sofortiger Benachrichtigung der Viehhändler Ihrer Gemeinde. Vertrauensmann ist Viehhändler Friedrich Schäfer, Westerburg.

Westerburg, den 15. Mai 1916.

Der Vorsitzende des Preisausschusses
des Kreises Westerburg.

Betr.: Festsetzung des Höchstpreises für Milch.

Die Verordnung vom 12. Februar d. Js. betr. Milchversorgung und Festsetzung eines Höchstpreises für Milch — Mlb 2701/677 — wird zu Ziffer II 5 dahin abgeändert:

Die Verordnung gilt bis auf Weiteres.

Frankfurt a. M., den 9. Mai 1916.

Stellvertretendes Generalkommando 18. Armeekorps.

Der Kommandierende General:

Freiherr von Gall, General der Infanterie

Wird unter Bezugnahme auf die im Kreisblatt No. 15 von 1916 abgedruckte Anordnung des Stellvert. Generalkommandos 18. Armeekorps vom 12. Febr. 1916 veröffentlicht.

Westerburg, den 13. Mai 1916.

Der Vorsitzende des Preisausschusses
des Kreises Westerburg.

K. 3999

Bekanntmachung.

Da sich ergeben hat, daß im Bezirk des XVIII. Armeekorps die für die Anfertigung von Mannschaftsbekleidungsstücken von der Heeresverwaltung festgesetzten Entlohnungen den Arbeitern vielfach unter Umgehung der Tarife vorenthalten werden, bestimme ich auf Grund des Gesetzes über den Belagerungszustand vom 4. Juni 1851 (S. S. S. 451) hiermit für den Bereich des XVIII. Armeekorps:

I. Für alle von Bekleidungsämtern vom 1. Mai 1916 ab in Auftrag gegebenen und in Privatbetrieben im Bereich des XVIII. Armeekorps erfolgenden Anfertigungen von Mannschaftsbekleidungsstücken (Schneider- und Nähenmacher-Anfertigungen, Schulterklappen, Unterhosen, Hemden, Leibbinden, Halsbinden, Helmbezügen, Armbinden, Salzbeutel, Aufsätze der Buchstaben und Nummern bei Helmbezügen) dürfen keine Vereinbarungen getroffen werden, welche von den Lohnabreden in dem vom Reserve-Bekleidungsamt XVIII. Armeekorps in Wiesbaden am 15. April 1916 herausgegebenen allgemeinen und

besonderen Vertragsbedingungen abweichen. Hiernach ist der Auftragnehmer verpflichtet, jedem an der Auftragsausführung beteiligten Arbeiter einen Abdruck des von ihm mit dem Amt geschlossenen Lieferungsabkommens, soweit es die Lohnverhältnisse berührt, zu übersenden. Ebenso haftet er dafür, daß seine Unterlieferanten zwischenmeister das Gleiche tun.

Außerdem hat jede Arbeitsstelle, die Zuschnitte zu Bekleidungsstücken ausgibt oder solche Bekleidungsstücke anfertigt, diese „nach meinen Vertragsbedingungen“ sowie ein Verzeichnis der Lohnsätze und ein vom Amt beglaubigtes Preisverzeichnis der Rohmaterialien Arbeitsraum und in der Ausgabe stelle deutlich sichtbar auszuhängen.

II. Zuwiderhandlungen werden auf Grund des § 9 b des Gesetzes über den Belagerungszustand bestraft.

Frankfurt a. M., den 20. April 1916.

Stellvert. Generalkommando des 18. Armeekorps.

Der Kommandierende General:

Freiherr von Gall, General der Infanterie.

Wird hiermit veröffentlicht. Die Herren Bürgermeister werden die mit Anfertigung von Mannschaftsbekleidungsstücken für die Heeresverwaltung beauftragten Handwerksmeister auf vorstehende Bekanntmachung aufmerksam machen.

Westerburg, den 25. April 1916.

I. 4325.

Der Landrat.

Ausführungsanweisung

zur Bekanntmachung über Kaffee vom 6. April 1916 (RSBl. S. 245). Auf Grund des § 11 der vorbezeichneten Bekanntmachung wird folgendes bestimmt:

Höhere Verwaltungsbehörde im Sinne des § 7 der Bekanntmachung ist der Regierungspräsident, für Berlin der Oberpräsident.

Zuständige Behörden für das im § 6 der Bekanntmachung vorgesehene Verfahren bei Uebertragung des Eigentums sind die Landräte (in Hohenzollern die Oberamtmänner) und die Polizeiverwaltungen der Stadtkreise. Im Landespolizeibezirk Berlin ist der Polizeipräsident von Berlin zuständig.

Dortlich zuständig ist die Verwaltungsbehörde, in deren Bereich der Kaffee befindet.

Berlin, den 6. Mai 1916.

Der Minister für Handel und Gewerbe. Der Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten.

J. A.: Busensky.

J. A.: v. Massenbach.

Der Minister des Innern. J. A.: v. Jarosky.

Ausführungsanweisung

zur Bekanntmachung über die Einfuhr von Kaffee aus dem Ausland vom 6. April 1916 (RSBl. S. 245).

Auf Grund des § 10 der vorbezeichneten Bekanntmachung wird folgendes bestimmt:

Höhere Verwaltungsbehörde im Sinne des § 7 der Bekanntmachung ist der Regierungspräsident, für Berlin der Oberpräsident.

Zuständige Behörden für das im § 5 der Bekanntmachung vorgesehene Verfahren bei Uebertragung des Eigentums sind die Landräte (in Hohenzollern die Oberamtmänner) und die Polizeiverwaltungen der Stadtkreise. Im Landespolizeibezirk Berlin ist der Polizeipräsident von Berlin zuständig.

Dortlich zuständig ist die Verwaltungsbehörde, in deren Bereich der zur Viefierung des Kaffees Verpflichtete seine gewerbliche Niederlassung oder in Ermangelung einer solchen seinen Wohnsitz hat.

Berlin, den 6. Mai 1916.

Der Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten. Der Minister für Handel und Gewerbe.

J. A.: von Massenbach.

J. A.: Busensky.

Der Minister des Innern. J. A.: v. Jarosky.

Ausführungsanweisung

zur Bekanntmachung über Tee vom 6. April 1916 (RSBl. S. 245).

Auf Grund des § 11 der vorbezeichneten Bekanntmachung wird folgendes bestimmt:

Höhere Verwaltungsbehörde im Sinne des § 8 der Bekanntmachung ist der Regierungspräsident, für Berlin der Oberpräsident.

Zuständige Behörden für das im § 6 der Bekanntmachung vorgesehene Verfahren bei Uebertragung des Eigentums sind die Landräte (in Hohenzollern die Oberamtmänner) und die Polizeiverwaltungen der Stadtkreise. Im Landespolizeibezirk Berlin ist der Polizeipräsident von Berlin zuständig.

Dortlich zuständig ist die Verwaltungsbehörde, in deren Bereich der Tee befindet.

Berlin, den 6. Mai 1916.

Der Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten. Der Minister für Handel und Gewerbe.

J. A.: v. Massenbach.

J. A.: Busensky.

Betr.: Verkaufsverbot für optische Waren.

Auf Grund des § 9 b des Gesetzes über den Belagerungszustand vom 4. Juni 1851 bestimme ich für den mir unterstellten Korpsbezirk und — im Einvernehmen mit dem Gouverneur — für den Befehlssbereich der Festung Mainz:

Sowohl Gewerbetreibenden wie Privatpersonen ist es verboten, ohne Genehmigung des Generalkommandos Prismengläser aller Ziel- und terrestrische Ferngläser, Galileische Gläser mit einer Vergrößerung von 4 mal und darüber, sowie die optischen Teile

er Auftrags
teiligen
ffenen
rt, zu
rauten
nanten Gläser, ferner photographische Objekte in den Licht-
3,5 . 6 und den Brennweiten von mehr als 18 cm zu verkaufen.
Zuwiderhandlungen werden mit Gefängnis bis zu einem Jahre,
Vorliegen mildernder Umstände mit Haft oder mit Geldstrafe
1500 Mark bestraft.

Frankfurt a. M., den 2. Mai 1916.

Stellv. Generalkommando des 18. Armeekorps.

Der Kommandierende General:

Freiherr von Gall, General der Infanterie.

Bekanntmachung

über das Verbot des Malzhandels. Vom 4. Mai 1916.

Der Bundesrat hat auf Grund des § 3 des Gesetzes über
ermächtigung des Bundesrats zu wirtschaftlichen Maßnahmen
vom 4. August 1914 (Reichs-Gesetzbl. S. 327) folgende
Verordnung erlassen:

§ 1. Wer bei Inkrafttreten dieser Verordnung Malz (Darr-
Malz) im Gewahrsam hat, ist verpflichtet, die vorhandenen Mengen
namentlich nach Eigentümern unter Nennung der Eigentümer und
Lagerungsorts dem Deutschen Brauerbund in Berlin anzuzeigen,
soweit sich aus den §§ 2 und 3 nichts anderes ergibt. Dasselbe
gilt von Gerste, die durch Bezug oder Anrechnung auf ein Gersten-
kontingent nach § 8 der Verordnung über den Verkehr mit Gerste
vom 28. Juni 1915 (Reichs-Gesetzbl. S. 384) beschlagnahmefrei
worden ist, gleichviel ob sie sich im Gewahrsam von Betrieben
mit Gerstenkontingent oder in dem von andern Betrieben oder
Personen, insbesondere von Mälzereien oder Händlern, befindet.
Die Anzeigen sind innerhalb von zwei Wochen nach Inkrafttreten
dieser Verordnung zu erstatten. Malz- oder Gerstenmengen, die
nach Inkrafttreten dieser Verordnung unterwegs sind, sind un-
mittelbar nach Empfang vom Empfänger anzuzeigen.

§ 2. Von der Anzeigepflicht sind befreit Malz- und Gersten-
mengen, die sich im Gewahrsam von Betrieben mit Gerstenkontin-
genten, insbesondere von Brauereien, befinden, soweit sie zusammen
mit den bereits verwendeten Malzmengen nicht die Gesamt mengen
übersteigen, die diesen Betrieben nach den eigenen oder von ihnen
erhaltenen Kontingenten zustehen. Das gleiche gilt von Malz-
und Gerstenmengen, die sich im Gewahrsam von Mälzereien be-
finden, aber im Eigentum von Betrieben mit Gerstenkontingenten
sind oder an solche auf Grund von Verträgen abgeliefert sind,
die vor Inkrafttreten dieser Verordnung abgeschlossen sind. Soweit
angegebene Malz- oder Gerstenmengen jedoch zugleich der im
Gewahrsam der betreffenden kontingentierten Betriebe stehenden
Mengen deren Gesamt kontingente übersteigen, sind sie von den In-
habern der letztgenannten Betriebe innerhalb der im § 1 gesetzten
Frist anzuzeigen. Gerste ist dabei nach dem Maßstab von 100 zu
1 in Malz umzurechnen.

§ 3. Von der Anzeigepflicht sind ferner die Malz-
und Gerstenmengen, die nach der Verordnung über die Herabsetzung
des Malz- und Gerstenkontingents der gewerblichen Bierbrauereien
in der Zeit vom 1. Oktober 1915 bis 31. Oktober 1916 vom
1. Januar 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 77) der Zentralstelle zur
Beschaffung der Heeresverpflegung zur Verfügung zu stellen sind.

§ 4. Von dem Inkrafttreten dieser Verordnung ab sind
Veränderungen an den anzuzeigenden Vorräten, abgesehen von der
Veräußerung der Gerste, und rechtsgeschäftliche Verfügungen darüber
ohne Genehmigung des Deutschen Brauerbundes verboten. Den
rechtsgeschäftlichen Verfügungen stehen Verfügungen gleich, die im
Bege der Zwangsvollstreckung oder Arrestvollziehung erfolgen.
Der Anzeigepflichtige hat für Aufbewahrung und pflegliche Be-
handlung der Vorräte zu sorgen.

§ 5. Das Malz und die Gerste, hinsichtlich deren die An-
zeigepflicht besteht, sind dem Deutschen Brauerbund oder dem von
ihm zu Bezeichnenden käuflich zu überlassen.

§ 6. Erfolgt die Ueberlassung nicht freiwillig, so wird das
Eigentum auf Antrag des Deutschen Brauerbundes durch die zu-
ständige Behörde des Ortes, wo das Malz oder die Gerste lagert,
auf den Deutschen Brauerbund oder den von ihm in dem Antrag
Bezeichneten übertragen. Die Anordnung ist an den Besitzer des
Malzes oder der Gerste zu richten. Das Eigentum geht über,
sobald die Anordnung dem Besitzer zugeht.

§ 7. Dem Verpflichteten ist für die überlassenen Malz- oder
Gerstenmengen ein angemessener Uebernahmepreis zu zahlen.

Kommt zwischen den Beteiligten eine Einigung über den Preis
nicht zustande, so wird er von der höheren Verwaltungsbehörde
des Ortes, wo das Malz oder die Gerste lagert, endgültig festge-
setzt. Diese entscheidet ferner endgültig über alle Streitigkeiten, die
zwischen den Beteiligten aus der Aufforderung zur Ueberlassung
und aus der Ueberlassung ergeben.

§ 8. Der Deutsche Brauerbund hat die angezeigten Malz-
und Gerstenvorräte von dem Anzeigepflichtigen binnen sechs Wochen
nach Eingang der Anzeige abzufordern. Erfolgt die Abforderung
binnen dieser Frist nicht, so geht die Gefahr auf den Deutschen
Brauerbund über, und der Preis (§ 7) wird fällig.

§ 9. Der Deutsche Brauerbund hat die verfügbaren Malz-
und Gerstenvorräte auf solche Brauereien und Malzextraktfabriken
zu verteilen, deren Kontingent nicht gedeckt ist.

Der Reichskanzler kann die Bedingungen festsetzen, unter
denen der Deutsche Brauerbund das Malz und die Gerste abzugeben hat.

§ 10. Betriebe mit Gerstenkontingent dürfen Malz oder
Gerste, hinsichtlich deren die Anzeigepflicht nicht besteht, an Dritte
zur Veräußerung, wenn sie gleichzeitig den entsprechenden Teil ihres
Kontingents übertragen.

Die Mälzereien haben das gesamte aus der Gerste ein-
schließlich der Ertragsernte für Auspüßgerste hergestellte Malz an
den Betrieb abzuliefern, aus dessen eigenem oder erworbenen Kon-
tingent die verarbeitete Gerste herrührt. Soweit vor Inkrafttreten
dieser Verordnung abgeschlossene Verträge noch nicht erfüllt sind,
sind die Malzmengen, auf die die betreffenden kontingentierten Be-
triebe vertragsmäßig keinen Anspruch haben, dem Deutschen Brauer-
bund alsbald nach der Fertigstellung anzuzeigen. Die §§ 4 bis 9
finden sinngemäß Anwendung.

§ 11. Die Landeszentralbehörden bestimmen, wer als höhere
Verwaltungsbehörde im Sinne des § 7 Abs. 2 sowie als zuständige
Behörde im Sinne des § 6 anzusehen ist.

§ 12. Der Reichskanzler kann Bestimmungen zur Ausführung
dieser Verordnung erlassen. Er kann von den Vorschriften dieser
Verordnung Ausnahmen gestatten.

§ 13. Mit Gefängnis bis zu sechs Monaten oder Geldstrafe
bis zu fünfzehntausend Mark wird bestraft:

1. wer vorsätzlich die in den §§ 1, 2 und 10 Abs. 2 Satz 2
vorgeschriebenen Anzeigen nicht oder nicht rechtzeitig erstattet
oder wer wesentlich unrichtige oder unvollständige Angaben
macht,
2. wer den Vorschriften im § 4 Satz 1 und 3 und im § 10
Abs. 1 und Abs. 2 Satz 1 und 3 zuwiderhandelt.

§ 14. Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung
in Kraft. Der Reichskanzler bestimmt den Zeitpunkt des Aufhe-
betrachtens.

Berlin, den 4. Mai 1916.

Der Stellvertreter des Reichskanzlers. Delbrück.

Es ist in letzter Zeit wiederholt vorgekommen, daß die für
Volksschulzwecke bestimmten Gebäude, Räume und dergl. zu anderen
als unterrichtlichen Zwecken z. B. Unterbringung von Kriegsgefan-
genen oder sonstigen Gemeindegewerken usw. ohne unsere vorgängige
Genehmigung verwendet worden sind. Wir bringen daher unsere
Verfügungen a—d unter Nr. 6, § 148 „Hartmann, Volksschulwesen
S. 451“ in Erinnerung, wonach in solchen Fällen jedes Mal ein
Schulvorstandsbeschuß herbeizuführen ist, der unserer Genehmigung
bedarf. Wir ersuchen ergebenst, diese Verfügung im hiesigen Kreis-
blatt zur Kenntnis der Gemeindebehörden zu bringen.

Wiesbaden, den 5. Mai 1916.

Königliche Regierung,

Abteilung für Kirchen- und Schulwesen.

Abdruck zur genauen Beachtung.

Diese Anträge sind durch meine Hand der Königlichen Re-
gierung vorzulegen.

Westerburg, den 6. Mai 1916.

Der Landrat.

Angebot von Lebensmitteln an die Gemeinden.

Unter den im Kreisblatt No. 36 mitgeteilten Bedingungen
gelangen heute zum Angebot und zur Verteilung unter die bis 20.
ds. Mts. eingehenden Bestellungen:

Kaffee-Ersatz-Mischung zu 1,60 Mk. pro Pfund.

Kohlkaffee zum Preise von 3,30 Mk. pro Pfund.

Schnittbohnen in Dosen à 1 Kilo zum Preise von 1,10 Mk. p. Dose.

Stangenspargel in Dosen à 1 Kilo zum Preise von 2,40 Mk. p. Dose.

Karotten in Dosen à 1 Kilo zum Preise von 1,00 Mk. p. Dose.

Ferner werden die Gemeinden ersucht umgehend mitzuteilen,
welche Mengen in Konserven wie Erbsen, Bohnen, Spargel, Karotten,
Weißkohl und Kohlrabi für den kommenden Winter gewünscht werden.

Bestellungen in Teigwaren sind ebenfalls sofort zu machen.
Die Teigwaren werden nach ihrem Eintreffen sofort verteilt.

Da fortgesetzt Bestellungen seitens der Ländel direkt hier
eingehen, ersuche ich in den Gemeinden nochmals darauf hinzuweisen,
daß nur Bestellungen durch den Herrn Bürgermeister entgegenge-
nommen werden. Alle Lebensmittel, die angeboten werden, kommen
zur Verteilung nach den eingegangenen Bestellungen. Weizengries
und Graupen sind bei den 3 bekannten Verteilungsstellen zu haben.
Die Herren Bürgermeister können Bestellungen hierauf bei den Ge-
meindeeingesessenen sammeln und bei den Verteilungsstellen die ge-
wünschte Menge abholen lassen.

Westerburg, den 15. Mai 1916.

Der Vorsitzende des Kreisnahrungsausschusses

des Kreises Westerburg.

Der Bürgermeister
Kappel.

Es sind vielfach Klagen darüber laut geworden, daß unsere
Gefangenen im Ausland, namentlich in Rußland, die an sie gerichteten
Pakete, Briefe, Karten und Geldsendungen nicht erhalten.
Abgesehen von anderen Umständen liegt dies wohl zum großen Teil
daran, daß die für die Kriegsgefangenen bestimmten Sendungen
mangelhaft adressiert sind. Dies gilt insbesondere von den nach
Rußland bestimmten Sendungen, wo Sprache und Schrift beson-
dere Schwierigkeiten bieten und häufig dazu führen, daß die Gefan-

genen selbst ihre Adressen falsch oder ungenau angeben. Es empfiehlt sich deshalb dringend, daß die von Vereinen oder Privatpersonen an Gefangene im Ausland gerichteten Briefe, Karten, Pakete und Geldsendungen durch Vermittlung der für diesen Zweck bestehenden Auskunftsstellen vom Roten Kreuz gehen. Als solche bestehen in der Provinz: Die Hilfe für kriegsgefangene Deutsche in Cassel, Rathhaus, für den Regierungsbezirk Cassel;

Der Ausschuss für deutsche Kriegsgefangene in Frankfurt a. M. Zeil 114, für Frankfurt und Umgebung;

Die Hilfe für kriegsgefangene Deutsche in Wiesbaden, Schloß, für den übrigen Teil des Regierungsbezirks Wiesbaden.

Diese Stellen besitzen Verzeichnisse der Gefangenenlager im Ausland, sie sind über die in Deutschland und im Ausland für den Postverkehr getroffenen Bestimmungen unterrichtet und können auch sonst Auskunft über Lager- und Postverhältnisse geben. Da, wo die Bevölkerung noch nicht genügend darüber aufgeklärt ist, möchten wir empfehlen, einen entsprechenden Hinweis durch die örtliche Presse zu geben.

Cassel, den 12. April 1916.

Provincial-Verein vom Roten Kreuz
für Hessen-Nassau. Hengstenberg.

Der West-Krieg.

WB. Großes Hauptquartier, 14. Mai. Amtlich
Westlicher Kriegsschauplatz.

Ein Erkundungstrupp drang am Bloegsteet-Walde (nördlich von Armentieres) in die zweite feindliche Linie ein, sprengte einen Minenschacht und kehrte mit 10 gefangenen Engländern zurück. In der Gegend von Givenchy-en-Ghelle fanden Minensprengungen in der englischen Stellung und für uns erfolgreiche Kämpfe um Gräben und Trichter statt.

Auf dem westlichen Maasufer wurde ein, gegen die Höhe 304 unternommener französischer Handgranatenangriff abgewiesen; die gegenseitige Artillerietätigkeit auf beiden Maasusfern war lebhaft.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Keine wesentlichen Ereignisse.

Balkan-Kriegsschauplatz.

Feindliche Flieger, die auf Mirovca und Doiran Bomben abwarfen, wurden durch Abwehrfeuer vertrieben.

WB. Großes Hauptquartier, 13. Mai. Amtlich
Westlicher Kriegsschauplatz.

Zwischen Argonnen und Maas fanden an einzelnen Stellen lebhafteste Handgranatenkämpfe statt. Versuche des Feindes, in dem Walde von Avocourt und Malancourt Boden zu gewinnen, wurden vereitelt.

Ein feindlicher Nachtangriff südwestlich des Toten Mannes erstarb in unserem Infanteriefeuer.

Auf dem östlichen Maasufer erlitten die Franzosen bei einem mißglückten Angriff am Steinbruch westlich des Ablainwaldes beträchtliche Verluste.

Ein deutscher Kampfflieger schob über dem Walde von Bourignon (südwestlich von Laon) einen feindlichen Doppeldecker ab. Südöstlich von Armentieres wurde durch unser Abwehrfeuer am 11. Mai ein engl. Flugzeug zum Absturz gebracht und vernichtet.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Nördlich des Bahnhofes Selburg wurde ein russischer Angriffsvorstoß gegen die kürzlich genommenen Gräben durch unser Artilleriefeuer im Keime erstickt. Mehr als 100 Russen wurden gefangen genommen.

WB. Großes Hauptquartier, 15. Mai. Amtlich.
Westlicher Kriegsschauplatz.

In vielen Abschnitten der Front war die beiderseitige Artillerie- und Patrouillentätigkeit lebhaft.

Versuche des Gegners, die neu gewonnene Stellung bei Hülluch wieder zu nehmen, wurden, soweit sie nicht schon in unserem Artilleriefeuer zusammenbrachen, im Nahkampf erledigt.

Im Kampfgebiet der Maas wurden Angriffe der Franzosen am Westhange des „Toten Mann“ und beim Cailletewalde mühe-los abgeschlagen.

Ostlicher und Balkan-Kriegsschauplatz.

Keine wesentlichen Ereignisse.

Oberste Seeresleitung.

Der Unterseebootkrieg.

Berlin, 14. Mai. (Amtlich.) Die Unterseebootserfolge im Monat April sind:

96 feindliche Handelsschiffe
mit rund 225 000 Bruttoregister-tonnen
sind durch deutsche und österreichisch-ungarische Unterseeboote versenkt worden oder durch Minen verloren gegangen.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Deutsches Reich.

Eine Unterredung

mit dem preussischen Landwirtschaftsminister.

TU. Berlin, 13. Mai. Ein Mitarbeiter der „Voss. Ztg.“

hatte eine Unterredung mit dem Landwirtschaftsminister Freiherrn von Schorlemer-Beser, in deren Verlauf sich der Minister wie folgt äußerte: Die Fleischversorgung wird sich im Zukunft wieder günstiger gestalten. Der Weidewirtschaft des Rindviehs läßt eine Gewichtszunahme erwarten, die um so mehr für die Fleischversorgung von Bedeutung sein wird, solange es gelingt, die nicht oder nicht ausreichend ausgemästeten Tiere der Schlachthaus zu ziehen. Zum Schluß wies der Minister darauf hin, daß wir im Jahre 1915 eine so geringe Ernte hatten, wie Deutschland selten erlebte. Das habe natürlich der Viehhaltung sehr ungünstig beeinflusst. Wenn es trotzdem gelang, mit unseren Erzeugnissen bei entsprechender Einschränkung hauszuhalten, so sei bei den günstigen Ernteaussichten dieses Jahres wohl zu erwarten, daß nicht allein von Aus Hungern keine Rede sein könne, sondern auch die im Inlande erzeugten Lebensmittel in reichlicherem Maße zur Verfügung stehen werden.

WTB. Berlin, 12. Mai. Wie wir hören, hat sich der Staatssekretär des Innern Dr. Delbrück wegen seines Gesundheitszustandes genötigt gesehen, sein Abschiedsgesuch einzureichen. Der Minister leidet an Furchtlosigkeit als Folge einer leichten Zuckerkrankheit und bedarf nach ärztlichem Rat einer längeren Kur. Ueber die Person seines Nachfolgers ist mit Rücksicht auf die schwebenden Organisationsfragen eine Entscheidung erst in einigen Tagen zu erwarten.

Aus Nah und Fern.

Mayen, 10. Mai. Jeder muß eine Zeitung lesen! Vanden Peters macht darauf aufmerksam, daß heutzutage ein jeder eine Zeitung lesen müsse. Unkenntnis schütze nicht vor Strafe. Sonders müßten wichtige Bekanntmachungen gelesen werden.

Aus Nassau, 12. Mai. Es ist begründete Aussicht vorhanden, daß bereits in den nächsten Wochen dem Regierungsbezirk Wiesbaden durch den Viehhandelsverband mehr Vieh wie bisher zur Verfügung gestellt werden kann. Auch Gefrierfleisch soll demnächst zur Einführung gelangen.

Vom Rhein, 11. Mai. Wie von unterrichteter Stelle mitgeteilt wird, ist die Futtermittelrate im Rhein-Main-Gebiet nach ihrem heutigen Stand über alles erwarten gut. Der Stand der übrigen Ernte ist ebenfalls außerordentlich günstig, wenn sich auch hierbei erst nach dem Einbringen etwas Bestimmtes über das Ergebnis sagen läßt. Die Aussichten aber könnten auch da gar nicht günstiger sein.

Enteignung von Schlachtvieh. In den Kreisen Datteln und Höchst halten verschiedene Viehbesitzer ihr Schlachtvieh zurück. Infolgedessen wurden Befestigungen der Viehbesitzer vorgenommen und die Schlachtvieh Tiere festgestellt. Bei nicht freiwilliger Abgabe erfolgte sofortige Enteignung. Den Sandwirts sei dies zur Warnung mitgeteilt.

Steckbrief-Erledigung.

Der am 17. 4. 16 (Nr. 39 v. 24. 4.) gegen Rannier Roth August wegen unerlaubter Entfernung von der Truppe erlassene Steckbrief ist erledigt.

Gerichtsoffizier, Infanterie-Regiment-Batt. 10.

In verzinkten
Jauchefässern,
Ackerwalzen
grosse Vorräte.
C. von Saint George,
Hachenburg.

Öel.

Raffiniertes, gekochtes, gebleichtes, angabereites Leinöl, Standöl, Kopal-, Bernstein- u. Wagenlacke aller Art in Mengen von 3 kg an aufwärts, zu kaufen gesucht.

Hamberg & Gans,
Köln. Fernspr. A. 3807.

Gemeindesteuerzettel

werden bei Abnahme von Buch ohne Preiserhöhung im Ort und Namen angefertigt.
Kreisblatt-Druckerei.

Arbeitsbücher

sind vorrätig in der
Kreisblattdruckerei